

Beschluss der 4. Sitzung des Ausschusses für Kinder und Bildung
des 21. Beirates Burglesum
vom 05.06.2025

*

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Kinder und Bildung des Beirates Burglesum ist im höchsten Maße verärgert über das vor allem auch kurzfristige Nichterscheinen der Behörde.

Er fühlt sich in seinen gesetzlichen Rechten gemäß dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter massiv behindert.

Er bricht die Sitzung ab und kommt für eine neue Sitzung am 1. Juli 2025 oder 2. Juli 2025 zusammen.

Begründung:

Ziel des Ausschusses für Kinder und Bildung für die heutige Sitzung am 05.06.2025 war es, sich darüber zu informieren

1. wo die Burglesumer Kinder die weiterführenden Schulen besuchen,
2. wie im Stadtteil der Ganztagsausbau auf der Basis des gesetzlichen Anspruches für die Kinder umgesetzt werden soll und
3. wie die Lehrer*innen-Versorgung an den Burglesumer Schulen ist und wie sich daraus die reale Unterrichtsversorgung darstellt.

Zum einen wurde für einen Tagesordnungspunkt die Teilnahme bereits vor einigen Tagen abgesagt und es wurden stattdessen nur gesamtbremische Zahlen aus Deputationsvorlagen ohne eine Auswertung auf den Stadtteil vorgelegt. Hier war schon im Vorfeld der Sitzung klar, dass Nachfragen zu den erklärungsbedürftigen Zahlen nicht möglich sein würden.

Schlimmer war dann die Absage nachmittags, einen Tag vor der Sitzung, die die Ausschussmitglieder dann am Tag der Sitzung erreichte.

Neben einem weiteren schriftlichen Bericht mit wieder nicht selbsterklärenden Zahlen zur Unterrichtsversorgung, wurde dann auch noch auf den laufenden Abstimmungsprozess zu einer strategischen Ausrichtung der Ganztagsbetreuung verwiesen und die Nichtteilnahme begründet.

Dass die Nichtteilnahme mit diesen Begründungen einen Tag vor der Sitzung dem Ortsamt mitgeteilt wird, hat nichts mit einer Achtung von gewählten Volksvertreter*innen zu tun.

Erklärungsbedürftige Unterlagen und fehlende Informationen sowie das Nichterscheinen der Behördenvertretung machen eine Beratung der Themen im Ausschuss unmöglich.

Der Ausschuss erwartet auf der Basis des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter, dass die Senatorin für Kinder und Bildung sicherstellt, Vertreter*innen zu entsenden mit denen der Ausschuss in einen persönlichen Austausch kommen kann, um die Fragen aus den Vorträgen und aus vorher übersandten Unterlagen beantwortet zu bekommen.